



# Interviews

**Datum: 13. Mai 2024**

## **Silvia Engels im Gespräch mit Katja Mast, SPD, parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion im Bundestag.**

**Silvia Engels:** Heute beraten die Liberalen im Präsidium über ein Papier, das bei der Rente und beim Bürgergeld die Weichen anders stellen will und den kräftigen Sparkurs noch mal manifestiert. Das sind Herzensthemen der Sozialdemokraten, hier anders verfahren zu wollen. Reden wir darüber mit Katja Mast, Erste Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Bundestagsfraktion. Guten Morgen, Frau Mast.

**Katja Mast:** Guten Morgen, Frau Engels.

**Engels:** Nach 45 Beitragsjahren abschlagsfrei in Rente – das ist der Kern der sogenannten Rente mit 63. Die FDP will das nun unter der Überschrift Mehrgenerationengerechtigkeit abschaffen oder zumindest kräftig abmildern. Was machen Sie aus diesem Frontalangriff auf die SPD-Rentenpolitik der letzten Jahre?

**Mast:** Erst einmal müssen wir noch mal rausarbeiten, um wen es eigentlich geht. Das sind Menschen, die 45 Jahre gearbeitet haben. Das ist die Krankenschwester, der Maurer, der Schichtarbeiter, der Verkäufer, die Reinigungskraft, meistens beruflich gebildete Menschen, die mit 16 oder 17 ins Berufsleben gegangen sind und 45 Jahre Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung gezahlt haben, und die haben unseren Respekt verdient und deren Leistung wollen wir anerkennen. Deshalb gibt es die abschlagsfreie Rente mit 45 Versicherungsjahren. Die Rente mit 63 gibt es ja gar nicht mehr; es ist schon die Rente mit 64, demnächst die Rente ab 65. Und deshalb werden wir das beibehalten.

**Engels:** Sie sprechen es an. Da das reguläre Renteneintrittsalter langsam auf 67 Jahre steigt, steigt auch bei der Rente mit 63 die Altersschwelle langsam auf 65 Jahre an. Aber nach jetzigem Stand wollen Sie dabei bleiben. Nach 45 Beitragsjahren kann abschlagsfrei Schluss sein. Sehen Sie Spielraum, der FDP hier irgendwo entgegenzukommen?

**Mast:** Ich sehe an der Stelle überhaupt keinen Spielraum. Das ist auch nichts, was wir im Koalitionsvertrag gemeinsam vereinbart haben. Aber es ist das gute Recht der FDP, den Facharbeiterinnen und Facharbeitern bei uns im Land zu sagen, dass sie keine Politik für sie machen.

**Engels:** Mehr Anreize setzen, um freiwillig länger zu arbeiten, das war ja auch eine FDP-Idee von Fraktionschef Dürr und auch Generalsekretär Djir-Sarai. Ist das eine Formel, mit der Sie leben?

**Mast:** Auf jeden Fall! Wir haben auch da schon viel getan. Da geht es auch darum, dass Menschen gesund und fit in die Rente gehen können. Das heißt, dass man im Bereich der Reha, aber auch im Bereich der Weiterbildung massiv ansetzt, und das ist eine wichtige Stellschraube. Im Übrigen ist das durchschnittliche Renteneintrittsalter heute 64,4 Jahre, relativ hoch. Das ist deutlich angestiegen in den letzten Jahren aufgrund der Politik und da hat Hubertus Heil auch eine Expertenkommission einberufen, die uns noch mal in dieser Sache berät.

**Engels:** Eigentlich hatten sich die Koalitionäre nicht nur darauf verständigt, die Rente mit 63 so zu belassen, sondern auch ein neues Rentenkonzept auf den Weg gebracht. Stichworte sind hier der Einstieg in auch eine aktienfondsgestützte zusätzliche Rente als Baustein. Steht das jetzt alles wieder in Frage?

**Mast:** Nein! Wir haben in der Bundesregierung verabredet, dass noch im Mai das Rentenpaket II ins Kabinett geht. Die Bundesregierung beschließt. Das ist ein Gesetzentwurf aus dem SPD-geführten Arbeitsministerium und aus dem FDP-geführten Finanzministerium, von Christian Lindner und Hubertus Heil, und es ist ganz wichtig, dass wir das tun, und es ist auch gut, dass wir wieder über Rente diskutieren, denn die Rente trifft Millionen von Beschäftigten, und insbesondere wenn ich nach Ostdeutschland schaue, ist es oft die einzige Altersvorsorge, die die Menschen haben. Wir wollen die gesetzliche Rente stärken, stabilisieren und dafür sorgen, dass sie generationengerecht ist, denn es geht bei der Stabilisierung der Rente darum, dass auch die jungen wissen, was sie am Ende rausbekommen. Das ist deshalb so wichtig: Man muss ja nur einmal auf die CDU gucken, was die fordern. Die wollen, dass die Leute länger arbeiten, auch die jungen Leute länger arbeiten. Sie wollen, dass die jungen Leute mehr bezahlen, deutlich mehr Beiträge bezahlen und am Ende deutlich weniger rausbekommen. Dreimal schlecht für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und dafür steht die SPD nicht. Wir wollen die gesetzliche Rente stärken und dafür steht auch die Koalition mit dem Generationenkapital.

**Engels:** Dafür steht die Koalition, sagen Sie. Aber wir haben es gerade bei diesem Generationenkapital gesehen: Da steht Finanzminister Lindner vor der Presse, gemeinsam mit Ihrem Minister Heil, und verkauft dieses Konzept. Dann kommt Widerspruch aus der FDP-Fraktion.

Jetzt kommen wieder ganz andere Forderungen dazu. Können Sie mit dieser FDP noch zusammenarbeiten?

**Mast:** Das eine ist, wie sich eine Partei positioniert. Das macht die FDP deutlich anders als das, was im Koalitionsvertrag steht. Aber zur Wahrheit gehört auch, dass die SPD das immer wieder tut, weil wir deutlich stärkere Vorstellungen in Punkto Gerechtigkeit, Verteilungsgerechtigkeit, Generationen- und Chancengerechtigkeit haben als unsere beiden Koalitionspartner, und nichts anderes tut die FDP gerade. Aber die Geschäftsgrundlage für diese Koalition ist der Koalitionsvertrag und der ist eindeutig beim Thema Stärkung der gesetzlichen Rente.

**Engels:** Zur Wahrheit gehört aber auch – und darauf verweist die FDP -, dass die Wirtschaft derzeit nicht mehr gut läuft, und die FDP ist auf dem Kurs, hier weitere Entlastungen für Firmen zu fordern. Erst dann – so heißt es auch in dem heute zu beschließenden Papier – könne man Aufgaben wie internationale Entwicklungshilfe schultern. Hier noch mal der Aufruf, strenge Sparvorgaben zu leisten. Werden Sie dann auch Ihre eigene Ministerin Schulze in die Schranken weisen, die ja noch mehr Entwicklungshilfemittel fordert?

**Mast:** Wir haben sehr anspruchsvolle Haushaltsberatungen und das ist objektiv so. Wir müssen mindestens 25 Milliarden Euro einsparen im Verhältnis zum letzten Haushalt. Bei einem Haushalt von über 450 Milliarden sind 25 Milliarden Euro sehr viel Geld. Ich bin aber zuversichtlich, dass wir da am Schluss auch zusammenkommen.

Was wir mit feinem Fingerspitzengefühl auch gemeinsam austarieren müssen: Es geht darum, dass wir die äußere Sicherheit stärken müssen, die innere Sicherheit, aber zur Sicherheit gehört die soziale Sicherheit dazu. Deshalb sind die Gespräche anspruchsvoll, aber ich bin zuversichtlich, dass wir das am Schluss auch gemeinsam hinbekommen. Der Haushalt wird ja im November im Deutschen Bundestag verabschiedet.

**Engels:** Nun sind es gerade Verteidigungsministerium, Entwicklungshilfeministerium und Innenministerium, die die Sparlinie des Finanzministeriums bislang nicht akzeptieren und Mehrausgaben angemeldet haben. Das sind drei SPD-geführte Ministerien. Wo machen Sie im Gegenzug Sparvorschläge?

**Mast:** Zuerst mal ist es ein ganz normaler Vorgang in der Bundesregierung. Die Ressorts machen ihre Vorschläge, dann wird in der Bundesregierung diskutiert, wie man da gemeinsam durch eine Tür geht. Da gibt es dann einen Kabinettsbeschluss, der ist im Juli, er ist ein gemeinsamer Beschluss der Bundesregierung. Dann geht der Haushalt in den Bundestag

---

Deutschlandfunk

Ein Programm von Deutschlandradio

Raderberggürtel 40

50968 Köln

Fragen und Anmerkungen an: [hoererservice@deutschlandradio.de](mailto:hoererservice@deutschlandradio.de)

und dann werden wir das gemeinsam anschauen und Ende November auch beschließen. Das ist auch wichtig und ich bin sehr zuversichtlich, dass wir das zusammen hinbekommen.

Klar ist aber, da rappelt es an der einen oder anderen Stelle. Das ist übrigens auch ganz normal. Aber dennoch: Wir haben die Verantwortung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern in unserem Land, auch bei dieser anspruchsvollen Situation gemeinsam zu liefern.

**Engels:** Jetzt macht die FDP ja immer relative Angriffe auf die anderen Koalitionsparteien beziehungsweise auf deren Vorschläge oder deren wichtige Themen. Jetzt könnten Sie doch im umgekehrten Schluss wieder fordern, Subventionen zu streichen, zum Beispiel das Dienstwagenprivileg, wo die FDP sich immer querstellt. Warum gehen Sie hier nicht deutlicher mit eigenen Positionen mit der FDP öffentlich in Clinch?

**Mast:** Zuerst mal ist eine deutliche Positionierung, dass wir die soziale Sicherheit nicht gegen die äußere und innere Sicherheit ausspielen werden als SPD, sondern die soziale Sicherheit dazugehört und wir da ganz klar stehen. Der Bundeskanzler hat es auch am Wochenende noch mal unterstrichen und die ganze Partei. Darum geht es am Ende, weil uns geht es darum, dass die Menschen, die hart arbeiten in diesem Land, die jeden Morgen aufstehen und das Rad am Laufen halten, dass die wissen, dass wir Politik für sie machen, dass wir im Auge haben, dass sie auch was vom Kuchen abbekommen, und wir nicht Klientelpolitik machen. Auch da ist ja die FDP übrigens genauso wie CDU/CSU widersprüchlich. Sie fordert zum Beispiel auch die Abschaffung des Solis für Spitzenverdiener zu Lasten dieser Menschen, über die ich gerade gesprochen habe, der Facharbeiterinnen und Facharbeiter und der Arbeiterinnen und Arbeiter. Deshalb ist ganz wichtig, die Schutzmacht für die Beschäftigten in diesem Land ist die SPD.

**Engels:** Die Menschen, die früh aufstehen und hart arbeiten, die wollen Sie vertreten. Das würde aber auch die FDP für sich vereinnahmen, das zu vertreten, denn die FDP will beispielsweise auch das Bürgergeld überarbeiten, das in seiner neuen Form erst vor eineinhalb Jahren überhaupt in Kraft trat. Die FDP sieht aber dadurch Fehlanreize, die Motivation zu Vollzeitarbeit werde gedämpft. Kommen Sie hier den Liberalen entgegen, da noch mal ranzugehen?

**Mast:** Zuerst mal haben wir das Bürgergeld sehr gut gemeinsam getragen. Auch die FDP hat sehr dafür gekämpft, dass wir das so hinbekommen, auch in Abgrenzung zu CDU und CSU, und wir haben jetzt gerade erst für die sogenannten Totalverweigerer auch noch mal die Möglichkeiten gestärkt zu sanktionieren, wenn Menschen sich total verweigern. Aber ich plädiere dafür, auf die Menschen zu schauen, die im Bürgergeld sind, die arbeiten wollen, denn die Totalverweigerer sind 0,4 Prozent. Bei allen anderen geht es darum, sie in Arbeit zu

vermitteln, und wir setzen darauf, dauerhaft in Arbeit zu vermitteln. Das ist ja der große Perspektivwechsel des Bürgergeldes, dass wir gesagt haben, nicht kurzfristig vermitteln, sondern auch in Qualifizierung zu investieren, damit die Menschen, wenn sie einen neuen Job bekommen, auch dauerhaft aus dem Bürgergeldbezug rauskommen. Das ist mir besonders wichtig, denn ich bin selbst in Armut aufgewachsen mit einer alleinerziehenden Mutter, die halbtags als Putzfrau gearbeitet hat und immer gearbeitet hat, und davon gibt es verdammt viele in diesem Land, die trotz Bürgergeldbezug arbeiten.

**Engels:** Auch der Deutsche Landkreistag, der ja recht nah an der Basis ist, sieht beim Bürgergeld, wie es jetzt aufgestellt ist, Fehlanreize. Er will zum Beispiel die Regelung streichen, dass im ersten Jahr des Bezugs Beträge bis zu 40.000 Euro behalten werden dürfen. Es geht auch darum, den Grundfreibetrag für Vermögen auf 15.000 Euro pro Person zu deckeln, hier noch mal an den Stellschrauben etwas nachzujustieren. Sind Sie da dabei?

**Mast:** Wir werden eine Evaluierung dieses Bürgergeldes irgendwann haben, aber wir haben sehr bewusst entschieden, dass das erste Jahr, wenn Menschen ins Bürgergeld kommen, anders behandelt wird als später, weil wir die Erfahrung gemacht haben, in Corona haben das auch viele erlebt, oft sind es Widrigkeiten des Lebens, wo man plötzlich im Bürgergeld landet, vorher aber immer rechtschaffen gearbeitet hat. Wir möchten ganz bewusst, dass im ersten Jahr sehr intensiv der Fokus und die ganze Energie darauf liegt, in Jobs zu kommen, weil die Erfahrung zeigt, je länger Menschen im Bürgergeld sind, desto eher bleiben sie auch im Bürgergeld, werden sie langzeitarbeitslos. Wir wollen das Gegenteil bewirken mit dieser Regelung. Deshalb muss man mal die Evaluierung abwarten. Aber das waren sehr wichtige Gedanken, warum wir das so gemacht haben. Jetzt schauen wir mal auf die Strecke. Aber die Debatte steht im Moment überhaupt nicht an.

**Engels:** Machen wir einen Strich drunter. Die FDP profiliert sich zu Lasten der anderen Koalitionspartner. Expecten Sie, dass das bis zur Europawahl so weitergeht?

**Mast:** Das ist immer in Wahlkampfzeiten so, dass man seine eigenen Punkte ins Schaufenster stellt. Das ist das gute Recht der FDP. Wir stellen unsere Punkte ins Schaufenster und es ist völlig klar, dass wir für die arbeitenden Menschen da sind und Politik machen und dass wir beim Haushalt auch gemeinsam über Bewegungsspielräume reden müssen, weil diese mindestens 25 Milliarden einzusparen ist hart und da werden wir auch sehr stark unterstützt von allen Wirtschaftsforschungsinstituten, die mittlerweile sagen, wir müssen irgendwie die Schuldenbremse neu machen oder anders Investitionskapital finden, damit die künftigen Generationen ein gut aufgestelltes Land vorfinden.

*Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder.  
Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Dis-  
kussionen nicht zu eigen.*